



Eidgenössisches Justiz- und  
Polizeidepartement  
Bundeshaus West  
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen  
Regierungsgebäude  
9001 St.Gallen  
T +41 58 229 89 42  
info.sk@sg.ch

St.Gallen, 4. März 2024

**Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2023/2667 zur Änderung mehrerer Rechtsakte der EU aufgrund der Digitalisierung des Visumverfahrens (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands); Vernehmlassungsantwort**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

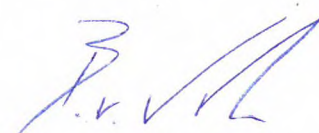
Mit Schreiben vom 8. Dezember 2023 lädt uns das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement zur Vernehmlassung zur Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2023/2667 zur Änderung mehrerer Rechtsakte der EU aufgrund der Digitalisierung des Visumverfahrens (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands) ein. Wir danken für diese Gelegenheit und nehmen gern wie folgt Stellung:

Wir sind mit der unterbreiteten Vorlage im Grundsatz einverstanden. Ergänzend weisen wir darauf hin, dass zwar gemäss Abschnitt 5.7 des erläuternden Berichts (Datenschutz) die Verordnung im Einklang mit dem Datenschutzrecht in der EU stehe und das neue eidgenössische Datenschutzgesetz (SR 235.1) diesem vollumfänglich Rechnung trage. U.E. sind jedoch für die Bearbeitung von Personendaten durch kantonale und kommunale Behörden die kantonalen Datenschutzgesetze einschlägig. Das st.gallische Datenschutzgesetz wurde bereits an die EU-Erfordernisse angeglichen – es gibt allerdings Kantone, bei denen dies noch aussteht. Vor diesem Hintergrund regen wir an, die Ausführungen im erläuternden Bericht entsprechend zu überprüfen und bei Bedarf anzupassen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Im Namen der Regierung

  
Stefan Kölliker  
Präsident

  
Dr. Benedikt van Spyk  
Staatssekretär



**Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:**  
vernehmlassungSBRE@sem.admin.ch